

AL INFO

www.al-zh.ch

Stadtküche bleibt Stadtküche

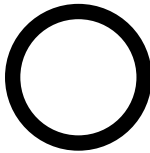
AL
Wir bleiben unabhängig



Kein Bedarf. Mit dem Verkauf der Stadtküche würde die Stadt Zürich wieder in die Privatisierungspolitik einsteigen. Am 13. Juni wird abgestimmt. **Seite 3**

Integrieren statt Ausgrenzen

AL
Wir bleiben unabhängig



Integration als Zwang. Das vom Kantonsrat entworfene und in die Vernehmlassung geschickte Integrationsgesetz für den Kanton Zürich kommt alten Assimilationskonzepten verdächtig nahe. **Seite 4**

Wahlen in Zürich und Winterthur: 1000 neue WählerInnen

Die AL hat kräftig zugelegt

Niklaus Scherr | **Erfolgreiche Wahlrunde für die AL am 7. März: In Zürich holen wir mit fünf Sitzen die Fraktionsstärke zurück, in Winterthur legen wir von 390 auf 622 WählerInnen zu und verfehlen den zweiten Sitz nur hauchdünn um 19 Stimmen.** In Zürich gewinnen wir knapp 1000 neue WählerInnen und steigern uns von 2'517 auf 3'499; trotz deutlich gesteigener Wahlbeteiligung können wir uns auch prozentual von 3.66% auf 4.18% verbessern. Zwar bleiben die Wahlkreise 4/5 und 3 mit 13.15% und 6.90% Wähleranteil unsere Hochburgen, aber der Abstand zu den anderen Kreisen reduziert sich spürbar. Deutliche Zugewinne erzielen wir in den Kreisen 6 und 10 sowie im Kreis 11, wo sich eine sehr aktive Kreisgruppe gebildet hat (<http://al-11.blogspot.com>).

Neben den drei Bisherigen Walter Angst (Kreis 3), Alecs Recher und Niggi Scherr (Kreis 4/5) ziehen neu Richi Wolff (Kreis 10) und Catherine Rutherford (Kreis 11) in den Gemeinderat ein. Dank

fünf Sitzen können wir wieder eine eigenständige Fraktion bilden und damit über den Einsitz in verschiedene Kommissionen aktiv auf das Ratsgeschehen Einfluss nehmen.

Eine(r) von acht wählt Wädi Angst. Bei den Stadtratswahlen erreicht Wädi Angst mit 9'544 Stimmen ein Spitzergebnis. Mit 12.2% figuriert er auf jeder achten eingelegten Stadtratsliste. Sogar in den SVP-Hochburgen 9 und 11 kommt er auf 10% der Stimmen.

Linksgrüne Gemeinderats-Mehrheit verloren. Während sich beim Stadtrat das Ticket von SP und Grünen mit 6 von 9 Sitzen erwartungsgemäss durchsetzt, geht im Gemeinderat die linksgrüne Mehrheit verloren. Statt auf 63 kommt Linksgrün nur noch auf 58 Sitze: Zwar holt die AL wieder 5 und die Grünen wieder 14 Sitze, aber die SP verzeichnet 5 Sitzverluste. Schmerzhafte ist der Verlust der absoluten Mehrheit, weil das Quorum von 63 Stimmen entscheidend ist für die Dringlichkeitsklärung von parlamentarischen Vorstössen und für neue Kreditbeschlüsse.

ralen mit 10% Wähleranteil und 12 Sitzen. Wenn sie wie im Kantonsrat politisieren, bedeutet ihr Einzug in den Gemeinderat in finanz- und sozialpolitischer Hinsicht einen deutlichen Ruck nach rechts. Die Zeche bezahlen neben der SP (-5) die erstaunlich stabile FDP (-1), vor allem aber die Mitteparteien CVP (-3) und EVP (-2). Die beiden Milieuparteien büssen nicht nur prozentual, sondern auch absolut massiv an Stimmen ein. Sie leiden unter Überalterung; zudem haben «urbane» Mitte-WählerInnen jetzt bei den Grünliberalen eine Alternative gefunden. Zumindest in der Stadt scheint der Vormarsch der SVP gestoppt ist, sie stagniert seit 2002 bei 18 – 18.5%.

Das Super-Wahlergebnis gibt der AL weiteren Auftrieb. Wir danken den Kandidatinnen und Kandidaten und allen Wählerinnen und Wählern fürs Mitmachen und für ihre Unterstützung. Ihr haben den von den Politaguren nicht erwarteten Erfolg möglich gemacht.

P.S. Der Wahlkampf hat uns 56'000 Franken gekostet. Noch brauchen wir 20'000 Franken Spenden.

Niggi Scherr hat den AL-Wahlkampf koordiniert. Detailergebnisse unter www.al-zh.ch

Das grünliberale Phantom. Wahlgewinner sind die realpolitisch bisher inexistenten Grünlibe-

AL LIMMATTAL

Bereits am 31. Januar hat Ernst Joss den Sprung in das Parlament von Dietikon geschafft. Wir gratulieren.

Referendum Hardturmpark eingereicht

Noch nie war Sammeln einfacher

Walter Angst | **AL, Grüne und IG Hardturm haben am 12. März das Referendum gegen den Landdeal an der Pfingstweidstrasse mit 3'500 Unterschriften eingereicht. 2000 Unterschriften waren nötig.**

Im Wahlkampf ganz nebenbei noch für ein Referendum sammeln? Vor der Lancierung zweifelten einige AL-Leute, ob das eine gute Idee sei. Die Befürchtungen waren nicht unberechtigt, erwiesen sich jedoch glücklicherweise als unbegründet. Kaum je war es leichter, Unterschriften zu sammeln. Die Inhalt des Referendums

Hardturmpark hat den Leuten ganz offensichtlich eingeleuchtet: Die Stadt soll den Bau von zahlbaren Wohnungen fördern und städtisches Land nicht für den Bau von Luxusloggen freigeben.

Das Referendum legt den Grundstein für ein lebendiges und ökologisches Wohnquartier auf dem Areal der ehemaligen GC-Trainingsplätze beim Hardturmstadion. Nach zehn Jahren Mausehelei der Stadt mit den GrundeigentümerInnen braucht es einen Marschhalt – und eine offene Planung, in der die BewohnerInnen das Wort bekommen.

Das Referendum konkretisiert aber auch die Forderungen nach einem Kurswechsel in der Wohnpolitik. Wenn die Stadt Zürich weiterhin tatenlos zuschaut, dass Neubauquartiere als Monokulturen von gesichtslosen Luxusbauten geplant werden; wenn die Behörden wie in Zürich-West diesen Prozess noch fördern, werden die Mietkosten in der Stadt noch weiter ansteigen. Es braucht einen Kurswechsel, damit die Umverteilung zwischen dem Volk der MieterInnen und den Grundeigentümern gestoppt werden kann.

www.hardturm-park-so-nicht.ch

Wenn «soziale Arbeit» Menschen abhängig macht

Walter Angst | **Im November hat der Stadtrat die Mieten der Zürcher Notwohnungen verdoppelt. Die BewohnerInnen müssen mit dem Mietvertrag neu auch eine Beratungsvereinbarung unterzeichnen und dafür 500 Franken bezahlen.**

Bei der Einführung der neuen Tarife geht das Sozialdepartement mit dem Holzhammer vor: Die neuen Regeln gelten nicht nur für neue NotwohnungsmieterInnen. Auch bisherige MieterInnen müssen die neuen Bedingungen akzeptieren. Wer die angepassten Mietverträge nicht unterzeichnet, wird ausgewiesen.

Das Büro für Notwohnungen ist der Meinung, dass dieses Vorgehen Rechtsens sei, weil die MieterInnen von Notwohnungen nicht

wirkliche MieterInnen seien, sondern nur ein befristetes Wohnrecht hätten. Man versucht die Mieterrechte auszuhebeln, indem man die Mietverträge auf drei Monate abschliesst und nach Ablauf der Frist wieder verlängert.

Rechtlich wirft diese Praxis viele Fragen auf. Praktisch werden die Betroffenen mit den neuen Tarifen in eine Abhängigkeit gezwungen, welche absolute Züge aufweist: Wenn du keine zahlbare Wohnung mehr findest, erhältst du vom Staat eine vorübergehende Bleibe, die so teuer ist, dass du Sozialhilfe beziehen musst. Anstatt stabile Wohnverhältnisse für Menschen in Not zu schaffen, führt das Sozialdepartement die Betroffenen in eine Abhängigkeit, destabilisiert sie und untergräbt

ihre Motivation, sich aus der Not-situation zu befreien.

Die Sozialkommission des Gemeinderats ist von Stadtrat Martin Waser im November über die neuen Regel orientiert worden. Ein Aufschrei blieb aus. Die AL ist in dieser Kommission nicht vertreten. Als die neuen Mietverträge im Januar den BewohnerInnen vorgelegt wurden, brach der Skandal auf. Im Gemeinderat haben AL, SP und Grüne inzwischen kritische Fragen gestellt. Und der Mieterverband hat bei den Verantwortlichen des Sozialdepartements interveniert. So bleibt ein Funken Hoffnung, dass in (Wohnungs-)Not geratene Menschen künftig von der Stadt Zürich wieder als Menschen ernst genommen werden.



Walter Angst ist am 7. März wieder als Gemeinderat gewählt worden

Was ist Service Public?

Walter Angst | **Seit dem Nein zum Verkauf des ewz hat der Stadtrat keine Privatisierungsvorlagen mehr an den Gemeinderat geschickt. Mit dem Verkauf der Stadtküche brach der abtretende Robert Neukomm das Tabu. Nach der Zustimmung des Gemeinderats will das «Komitee Stadtküche bleibt Stadtküche» die Auslagerung in der Volksabstimmung vom 13. Juni verhindern.** Die Stadtküche sei kein Service Public, sagt Robert Neukomm. Was aber ist – ausser der Polizei und dem Stadtrat – ein Service Public? Was ist der Unterschied zwischen der VBZ, die der Bevölkerung wie der Taxifahrer und private Fuhrwerker eine Transportdienstleistung anbietet, und der Stadtküche, die Krippen, Horten, Schulen, Altersheimen, Pflegeeinrichtungen und Kantinen und Cafeterias mit unterschiedlichen Verpflegungsangeboten und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln versorgt? Diesen Unterschied gibt es nicht.

Florierender Betrieb. Ende der 90er-Jahre ist die damals defizitäre Stadtküche in Robert Neukomm's Gesundheitsdepartement übertragen worden ist. Seither ist auf die Privatisierung dieser Dienstabteilung hingearbeitet worden. Zuerst hat man die Produktin reorganisiert und den Laden aus den roten Zahlen geholt. Als die Stadtküche im Jahr 2002 wieder schwarze Zahlen schrieb, begannen die Verhandlungen mit dem Westschweizer Caterer DSR. Am 1. Januar 2005 wurde die Vertriebsgesellschaft Menu and More gegründet, von der DSR 60

Prozent der Aktien besitzt. Im Aktionärsbindungsvertrag, den der Stadtrat im November 2004 abgesegnet, wurde schriftlich festgehalten, dass die Stadtküche vor Ende der nächsten Amtszeit von Robert Neukomm verkauft werden soll.

Robert Neukomm spaltet die SP. Neukomm hat mit Hacken und Ösen gekämpft, um die Privatisierung durch den Gemeinderat zu bringen. Die ursprünglich von der ganzen rotgrünen Mehrheit des Gemeinderats geforderte Rück-

weisung des Geschäfts an den Stadtrat zur Prüfung von Alternativen ist an einigen wieder einmal auf Privatisierungspfaden wandelnden SPlerInnen gescheitert.

Am 13. Juni werden die StimmbürgerInnen den Fehler des Gemeinderats noch rückgängig machen können. Mit einem Nein wird der neue Stadtrat die Möglichkeit haben, Lösungen für die Stadtküche zu evaluieren, mit welchen die dringend benötigten, niederschweligen Arbeitsplätze in der Stadt erhalten bleiben.

Stadtküche bleibt Stadtküche

Die Stadtküche ist kein Sanierungsfall. Die in den 90er-Jahren noch defizitäre Stadtküche hat sich in den letzten zehn Jahren erfolgreich entwickelt. Durch die Gründung von Menu and More konnten neue Aufträge gewonnen werden. Heute ist die Stadtküche ein florierender Betrieb.

Die Stadtküche ist ein wichtiger Versorgungsbetrieb der Stadt Zürich. In den Krippen und Horten, den Schulen und Altersheimen nehmen täglich tausende ihr Essen ein. Die Stadtküche versorgt diese Einrichtungen mit guten und gesunden Lebensmitteln.

Mit der Privatisierung werden gute Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Die Arbeitsbedingungen der 60 Angestellten der Stadtküche werden sich nach dem Verkauf massiv verschlechtern. Die neuen Eigentümer werden den Produktionsbetrieb mittelfristig aus der Stadt Zürich auslagern.

Auch für Menschen ohne Hochschulabschluss braucht es Arbeitsplätze. Die Stadt Zürich bracht mehr stabile und existenzsichernde Arbeitsplätze für Menschen, die keinen Lehrabschluss vorlegen können. Nur so kann die Reintegration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt funktionieren.

Es gibt bessere Lösungen. Die mit der Gründung von «Menu and More» begonnene Zusammenarbeit zwischen der Stadtküche und dem Westschweizer Catering-Unternehmen DSR ist für beide Seiten ein Erfolg. Nach einem Nein zur Privatisierung kann diese Zusammenarbeit auf eine neue Basis gestellt werden.

Ein Nein am 13. Juni zur Privatisierung der Stadtküche macht den Weg frei bessere Lösungen – im Interesse der Stadt, der Angestellten und der Menschen, die sich Tag für Tag in Einrichtungen der Stadt Zürich verpflegen.



Kaspar Bütikofer vertritt die AL im Kantonsrat

Ein Integrationsgesetz für Zürich

Kaspar Bütikofer | Der Kantonsrat will ein Integrationsgesetz erlassen. Der Entwurf wurde Anfang März in die Vernehmlassung geschickt. Eine Spezialkommission des Kantonsrates hat diesen als Gegenvorschlag zu zwei parlamentarischen Initiativen erarbeitet. Von den beiden Initiativen mit sehr unterschiedlicher Stossrichtung stammt die eine aus den Reihen der FDP und versteht Integration primär als Bringschuld der MigrantInnen, die der Staat auch mit Sanktionsandrohungen einfordern kann. Die andere wurde von der AL eingereicht. Sie will die Akteure der Integrationsmassnahmen definieren und sicherstellen, dass entsprechende Angebote auch bereit gestellt werden.

Vereinbarte Integration. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf versteht sich als Einführungs-gesetz zum Integrationsteil des Ausländergesetzes (AuG) und regelt den Vollzug der bundesrechtlichen Vorgaben. Es wird definiert, wer im Kanton für die Umsetzung der Integrationsmassnahmen zuständig ist, wie die Informationsvermittlung erfolgen soll, wer das Angebot an Integrations- und Sprachkursen bereit zu stellen hat, und wie diese Angebote finanziert werden sollen.

Die Gesetzesvorlage geht über die Vorgaben des Bundes hinaus. MigrantInnen sollen sich ausdrücklich zur Integration verpflichten. Behörden und MigrantInnen sollen dafür sogenannte Integrationsvereinbarungen unterzeichnen. Das Gesetz sieht zudem vor, dass Erstgespräche mit neu Zugewogenen geführt werden müssen.

Gutes und Schlechtes. Begrüssenswert ist, dass der Kanton zusammen mit den Gemeinden die nötigen Angebote – namentlich Sprachkurse – in ausreichendem Masse zur Verfügung stellen will. Integration soll als Aufgabe quer durch die gesamte Verwaltung verstanden werden. Das gilt auch für die Massnahmen gegen Diskriminierung. Zu begrüssen ist zudem, dass das Integrationsgesetz die Sozialpartner als Mitwirkende/ Interessensvertreter anerkennt und die Arbeitgeber – wenn auch nur in bescheidenem Masse – in die Pflicht nehmen will.

Der Entwurf hat aber gravierende Mängel: Integration wird im Gesetzesentwurf nicht als Prozess verstanden, der sich auf der Basis von Freiwilligkeit und Vertrauen entwickelt. Die starke Stellung sogenannter Integrationsvereinbarungen zeigt, dass man Integration als Zustand versteht, der erzwungen und verordnet, gemessen und bewertet werden soll. Es besteht die Gefahr, dass Integration zu einem staatlich verordneten Verhalten wird, wir uns also bereits wieder bedrohlich dem alten und vollkommen gescheiterten Konzept der Assimilation annähern. Befürchtet werden muss zudem, dass mit diesem Integrationsgesetz ein bürokratischer und kostspieliger Moloch geschaffen wird. Der Entwurf, der die Perspektive der «Einheimischen» zum Ausdruck bringt, ist noch nicht Gesetz. Wer will, dass auch die Migrationsperspektive berücksichtigt wird, muss die MigrantInnen in den Gesetzgebungsprozess und in die Umsetzung einbeziehen. Es wäre deshalb an der Zeit, auch

im Kanton einen Migrationsbeirat einzurichten. Dieser könnte nicht nur den Gesetzgebungsprozess begleiten, sondern gleich auch noch die Ausgestaltung und den Vollzug der Integrationsmassnahmen entwerfen und später bei Bedarf auch Anpassungen vorschlagen.

AL TERMINE

Jahresversammlung. Dienstag, 20. April, 19.30 Uhr im alten Güterbahnhof an der Hohlstrasse 150, 8004 Zürich. Eine detaillierte Einladung kann auf dem Sekretariat bezogen werden.

AL-Infoapéro. Donnerstag, 6. Mai AL-Infoapéro für Interessierte oder solche die es noch werden wollen. Ab 18 Uhr in der Mars Bar an der Neufankengasse 15, 8004 Zürich. Anmeldung: sekretariat@al-zh.ch oder 044 242 19 45.

Gemeinderat: Erste Sitzung. Niklaus Scherr eröffnet die neue Legislatur mit einer grossen Rede. Mittwoch, 19. Mai, 17 Uhr, Rathaus.

Gründungstreffen La Gauche – Alternative Linke – La Sinistra findet am Samstag, 29. Mai 2010 in Lausanne statt: Maison du Peuple, Place Chauderon 5, 1003 Lausanne. Weitere Infos: sekretariat@al-zh.ch

AL IMPRESSUM

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich
Homepage www.al-zh.ch
Postcheck. 87–63811–5

Sekretariat Antonia Maino, Molkenstr. 21, 8004 Zürich.

Mail sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 **Fax.** 044 242 19 60

Preis Jahresabo CHF 10.–, Vereinsmitglieder erhalten das «info» gratis.

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Redaktion Walter Angst